

Ressort: Politik

Beschlüsse zur Arbeitslosenversicherung belasten Haushalt enorm

Berlin, 31.08.2018, 15:10 Uhr

GDN - Die GroKo-Beschlüsse zur Arbeitslosenversicherung werden den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) bis Ende 2022 voraussichtlich um rund 28,3 Milliarden Euro belasten. Das geht aus Entwürfen des Bundesarbeitsministeriums für ein Gesetz sowie eine Verordnung hervor, über die das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Samstagsausgaben) berichtet.

Allein die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent schlägt bis Ende 2022 mit Mindereinnahmen von knapp 24,3 Milliarden Euro zu Buche, davon 5,84 Milliarden Euro bereits im kommenden Jahr. Die Kosten der darüber hinaus geplanten Maßnahmen, unter anderem die Ausweitung der Weiterbildungsförderung sowie die Erweiterung der Rahmenfrist für den Arbeitslosengeld-Bezug, beziffert das Arbeitsministerium auf knapp 4,1 Milliarden Euro bis Ende 2022.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-111181/beschluesse-zur-arbeitslosenversicherung-belasten-haushalt-enorm.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619